

Solidaritätskomitees und Betriebsgruppen

Vereinzel regt sich Widerstand gegen die Entlassungen. So bildeten z.B. Beschäftigte der Fa. Allgaier mit Kollegen aus anderen Betrieben ein Solidaritätskomitee gegen die Entlassungen, verteilten Flugblätter, sammelten Unterschriften und wendeten sich an die Presse. Und auch in anderen Betrieben bildet sich Widerstand.

Ziel muss nun sein, noch mehr Betriebs- und überbetriebliche Gruppen aufzubauen und den Widerstand in die IG Metall hineinzutragen. Es darf nicht länger sein, dass Unternehmerverbände im Einklang mit Regierungssprechern unwidersprochen vom „Aufschwung“ und „Fachkräftemangel“ erzählen und gleichzeitig in den Betrieben Massenentlassungen und Umstrukturierungen zum Nachteil der Beschäftigten durchführen. Die IG Metall muss dem gesellschaftlich viel mehr und entschlossener

entgegenzutreten. Massenentlassungen und Leiharbeit sind ein gesellschaftlicher Skandal! Sie müssen gestoppt und rückgängig gemacht werden! Der Angriff auf die Arbeitsplätze ist gesellschaftlich und muss daher auch überbetrieblich und gesellschaftlich zurückgeschlagen werden! Das muss zu den zukünftigen zentralen Aufgaben der IG Metall gehören!



BREUNINGER

Erfolgreiche Klage einer Betriebsrätin

Im Frühjahr letzten Jahres kandidierte erstmals eine gewerkschaftliche Liste zur Betriebsratswahl im Kaufhaus Breuninger und errang auf Anhieb 5 Sitze. Seither wird ihnen jedoch vom Arbeitgeber und

der Betriebsratsmehrheit die Betriebsratsarbeit erschwert und Freistellungen verweigert. Eine der fünf, ein ver.di-Mitglied, wurde von Breuninger beschuldigt, einen unerlaubten Lauschangriff in einer Betriebsausschuss-Sitzung vorgenommen zu haben, ohne dass Breuninger jemals dafür einen Beweis antreten konnte. Gleichzeitig wurde die Betriebsrätin beschuldigt, eine falsche eidesstattliche Erklärung abgegeben zu haben. Strafanzeige hatte jedoch die Firma Breuninger zu keinem Zeitpunkt erstattet. Breuninger kündigte der Kollegin fristlos. Vor dem Stuttgarter Arbeitsgericht ist die Firma nun bei vollbesetztem Saal am 26.1. unterlegen und muss die Kollegin weiterbeschäftigen. Es hatte viele Solidaritätsaktionen von Mitgliedern von ver.di sowie IG Metall, anderen Gewerkschaften und Initiativen gegeben.



Metallertreff lädt ein:

Wir unterstützen den Aufruf zu einer Kundgebung vor dem Arbeitsgericht am 2. März (siehe vorne)

Wir laden ein zum nächsten öffentlichen Treffen unseres Kreises:

Mittwoch 23. März um 18.00 Uhr

Kellerschenke im DGB-Haus, Willi-Bleicher-Straße 20, 70174 Stuttgart (Eingang Theodor-Heuss-Str)

Im Metallertreff Stuttgart gibt's Erfahrungsaustausch und Diskussion mit und für Kolleg/innen aus Betrieben der Region.

Der Metallertreff ist Teil des **ZUKUNFTSFORUMS GEWERKSCHAFTEN STUTTGART.**

Kontakt: metallertreff@yahoo.de

metallertreff

info für die region stuttgart / 24. Februar 2011

Wir Arbeiter/innen wollen nicht die Opfer für neue Profite sein!

In der Auto-Industrie werden wieder Millionen und Milliarden verdient. Aber Hunderte Arbeiter und Arbeiterinnen werden gerade jetzt entlassen, in Transfergesellschaften oder ähnliche Institutionen abgeschoben. Ihre Arbeitsplätze werden gestrichen, verlagert oder mit Leiharbeiter/innen besetzt.

In der Region Stuttgart findet dieses miese Spiel gerade bei Behr, Allgaier, Index, Getrag und Putzmeister statt. Die Lage in diesen Betrieben ist nicht immer die gleiche, aber die Dummen sind immer die Arbeiter.

Wie konnte es dazu kommen?

In der Krise hat die IG Metall immer dafür geworben: „Gemeinsam durch die Krise“. Bezirksleiter Hoffmann hat erklärt: „Keine Entlassungen in 2009“. Aber jetzt nach der Krise passiert seitens der IG Metall nichts mehr, um die Arbeitsplätze zu verteidigen. Es gibt keine Konferenz aller betroffenen Betriebe. Jeder Betriebsrat sucht für seinen Bereich eine Lösung und freut sich, wenn es weniger Entlassungen gibt als angekündigt oder wenn die Leute noch in eine Beschäftigungs- oder Transfergesellschaft kommen.

Für die Betroffenen ist das keine Befriedigung. Fast immer sind es langjährige Beschäftigte, die an ihrem Arbeitsplatz ein hohes Wissen und Können erworben haben, das jetzt schlagartig nutzlos wird. Transfer heißt Transfer in Hartz IV.

Viele der Betroffenen sind maßlos enttäuscht von der IG Metall, oft sind sie seit Jahrzehnten Mitglied und waren oft auch aktiv dabei, wenn die Gewerkschaft gerufen hatte.

Nicht aufgeben!

Etliche geben nicht auf. So klagen über 20 Leute aus dem Werk 8 von Behr, aber auch bei Allgaier, Getrag

und Index. Nur wenige erhalten Unterstützung der IG Metall, weil die Bezirksleitung oder Betriebsräte ihre Unterschrift unter die Sozialpläne und Tarifverträge gesetzt haben.

Wir sagen: Mit einer Unterschrift ist der Kampf nicht zu Ende. Unsere Gegner geben nie auf. Wenn sie an unserem Widerstand gescheitert sind, versuchen sie es bei nächster Gelegenheit wieder.

Ja, wir kritisieren das Stillhalten der IG Metall. Aber nicht, weil wir die IG Metall schwächen wollen. Wir wollen eine starke IG Metall, eine Gewerkschaft, die kämpft und in die ihre Mitglieder

BEHR

Wir klagen gegen die Kündigungen!

Die **Firma BEHR in Stuttgart-Feuerbach** hat das dortige Werk 8 geschlossen. Uns Beschäftigten wurden Aufhebungsverträge oder eine Transfergesellschaft angeboten. Für 24 der rund 200 Beschäftigten waren das keine Alternativen. Nach 25 oder 30jähriger Betriebszugehörigkeit haben wir etwas anderes verdient!

Wir akzeptieren nicht, dass es keine Sozialauswahl in Feuerbach gab.

Wir akzeptieren nicht, dass in **Mühlacker**, wohin unsere Arbeitsplätze verlagert wurden, nur 35 Kollegen Arbeitsplätze angeboten bekamen, aber über 140 Beschäftigte befristet eingestellt wurden.

Wir sind auch weiterhin empört, dass wir den Betrieb verlassen mussten, obwohl 2010 wirtschaftlich sehr erfolgreich für Behr war.

Der Prozess gegen Behr findet **am 2. März** um 11.00 Uhr im Arbeitsgericht in der Johannesstr. 86 **Stuttgart** statt und ist öffentlich.

Wir laden ein, uns durch eine solidarische Teilnahme zu unterstützen.

Mit solidarischen Grüßen!

Eure Behr-Werk8 Kolleg/innen

Gegen Entlassungen, Arbeitsplatzabbau, Leiharbeit!

Kommt alle zur Kundgebung!

am **2. März** um **10 Uhr**
vor dem **Arbeitsgericht Stuttgart!**

INTERVIEW MIT EINEM EX-BEHR-KOLLEGEN AUS DER TRANSFERGESELLSCHAFT MYPEGASUS

- **Warum bist du in die Transfergesellschaft gegangen?**

Aufgrund meines Alters war das für mich noch als Lösung akzeptabel.

- **Was sind deine und Erfahrungen deiner Kollegen, die den gleichen Weg gegangen sind wie du?**

Die Jüngeren haben gehofft, wie es ihnen versprochen wurde, dass sie bei Weiterbildung, Qualifizierungsmaßnahmen unterstützt werden. Diese Unterstützung lässt noch alle Wünsche offen.

- **Entspricht das deinen Erwartungen bzw. den Versprechungen?**

Nein, die Erwartungen werden bzw. wurden nicht erfüllt, die versprochene Unterstützung dabei fehlt.

- **Wie siehst du die Rolle der IGM im Zusammenhang mit der Transfergesellschaft?**

Sehr negative Rolle und keine Unterstützung bei offenen Fragen mit der Transfergesellschaft.

- **Es ist ja bekannt, dass die Belegschaft vom Werk 8 den Gang in die TG bis zuletzt abgelehnt hat. Was war der Knackpunkt, dass ihr euch doch dafür entschieden habt?**

Der Knackpunkt war, dass wir von der IGM keinerlei Unterstützung bekommen haben und die Aussichten auf Erfolg sowohl von BR als auch von der IGM auf null reduziert wurden. Das war der Grund. Andererseits gab es die Zusage der IGM und des Gesamtbetriebsrats, dass wir bei Neueinstellungen vorrangig behandelt würden, was jedoch bis jetzt in keinem Fall passiert ist.

- **Bekanntlich sind bei Behr in Mühlacker 140 Befristete eingestellt worden. Was sagst du dazu?**

Was soll ich sagen. Das ist eine Sauerei von allen Seiten. Können sich die BR-Kollegen von Mühlacker nicht an die Zusagen erinnern?

- **Wie fühlt ihr euch als Ex-BEHRler ausgerechnet bei Behr Thermotronik in Kornwestheim**



- **als Leiharbeiter beschäftigt zu werden?**

Als Fremdkörper. So wurden wir auch behandelt.

- **Was hältst du davon, dass einige deiner Kollegen gegen die Entlassung klagen?**

Die Entscheidung der Kollegen finde ich sehr mutig und richtig. Ich hoffe, dass das Argument vom Arbeitgeber, das Werk 8 als eigenständigen Betrieb zu behandeln und in Folge dessen am Standort unter den Beschäftigten keine Sozialauswahl getroffen zu haben, sich als rechtswidrig erweist.

- **Sollen diese Kollegen unterstützt werden?**

Auf jeden Fall. Und ich hoffe, dass die Fa. Behr und der neue Besitzer Mahle sich zu

- **Würdest du heute genauso entscheiden und in die TG gehen?**

Unter diesen Umständen würde ich altersbedingt die gleiche Entscheidung treffen. Jedoch für die jüngeren ist die Transfergesellschaft keine Alternative für den Arbeitsplatz.

- **Glaubst du, dass der BR und die IGM ihre Möglichkeiten voll ausgeschöpft haben beim Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze?**

- **Wenn nicht, was hätten sie tun sollen(können)?**

Mein Eindruck ist, dass sowohl der Betriebsrat als auch die IG-Metall einen Deal auf Kosten der W8 Belegschaft aushandelten in der Hoffnung, die verbliebenen Kollegen gesichert zu haben. Somit kann ich als Betroffener nicht

zufrieden sein. Nachdem bereits 2010 erkennbar war, dass die Auftragslage wieder ansteigt, hätte man doch mindestens allen Kollegen, die es wollten, einen Alternativarbeitsplatz in der Region, also in Mühlacker anbieten können und müssen.



GETRAG

BEHR ist kein Einzelfall - das Beispiel Getrag

Seit 2008 wurden bei Getrag schon Hunderte von Stellen abgebaut, der Standort Ludwigsburg sollte geschlossen werden. Die Belegschaft wehrte sich mit einem Fackelzug und einem 24-stündigem Streik.

Nach achtzehn Monaten Kurzarbeit Null haben die 248 verbliebenen Kollegen die Möglichkeit, in eine Transfergesellschaft zu wechseln. Der

Haken: Mit ihrer Unterschrift würden die großteils älteren Kollegen auf ihren tarifvertraglichen Kündigungsschutz (Alterssicherung) verzichten und

wären ihren Arbeitsplatz los. Auch die Sozialauswahl würde außer Kraft gesetzt.

Zu Grunde liegt dem ein Geflecht von Änderungs- und Ergänzungstarifverträgen zwischen dem Arbeitgeberverband Südwestmetall und der IG Metall.

Etliche Kollegen klagten schon bei der Kurzarbeit Null (auffällig viele ältere Kollegen waren betroffen) wegen Altersdiskriminierung. Das

METALL-BETRIEBE IN ESSLINGEN/GÖPPINGEN

Ein „Aufschwung“, begleitet von Entlassungen

In einer ganzen Reihe von Betrieben, besonders im Maschinenbau gab es zum Jahresende Massentlassungen bzw. solche sind angekündigt. Beispiele: Index/Traub 136 Kündigungen, Heller 47 (bei einem Gesamt-Personalabbau von 200), Putzmeister 68, Balluf geplante 40. Aber auch der Kfz-Zulieferer Allgaier, der Betrieb von Arbeit,„geber“präsident Hundt kündigte zum Jahresende 110 Beschäftigten. Brisant dabei: Allgaier will besonders vom China-Boom profitieren, möchte diesen Aufschwung jedoch ausschließlich mit Leiharbeitern bewältigen.

Gleichzeitig übernehmen viele Betriebe ihre Auszubildenden nicht bzw. bilden gar nicht mehr oder nur noch reduziert aus.

Warum die Entlassungen gerade jetzt?

Zum einen planten die Unternehmen ursprünglich zahlenmäßig noch viel mehr Entlassungen. Diese konnten jedoch durch gewerkschaftliche Gegenwehr mit Aktionen der Beschäftigten verhindert werden. Zum anderen liefen jedoch die auf max. 2 Jahre begrenzten Kurzarbeitsregelungen aus und zum dritten wirkte die 100%ige Kurzarbeit wie vorgezogene Entlassungen. Die eigentlichen Kündigungen wurden häufig zahlenmäßig zwischen Unternehmern, Betriebsräten und IG Metall heruntergehandelt und zeitlich verschoben. Ziel und Wirkung dieser Maßnahmen waren „Ruhe in den Betrieben“, ein „Vorhalten“ gut qualifizierter Beschäftigter und

Arbeitsgericht gab ihnen Recht und stellte fest: „Deutlicher kann kaum zum Ausdruck gebracht werden, dass man zulasten der Arbeitslosenversicherung einen Personalabbau ohne Kündigung unter scheinbarer Aufrechterhaltung der Beschäftigungssicherungszusage erreichen möchte.“

Trotz einiger negativer Urteile in der ersten Instanz, ist der Klageweg nicht aussichtslos. So berichtet ein Rechtsanwalt, dass Getrag offensichtlich das Prozessrisiko scheut.

Schlimm genug, dass die IGM-Führung solche Deals mit Südwestmetall auf dem Rücken der älteren Kollegen abschließt. Absolut inakzeptabel aber ist, dass die klagenden Kollegen von Vertretern der IGM-Bezirksleitung als unsozial und auf ihren Privilegien beharrend verleumdet werden. **„Privilegien“ sind in diesem Fall tarifvertraglich verbrieft Rechte!**



Planung der für die nächste Aufschwung- und Boomphase notwendigen „Umstrukturierungsmaßnahmen“.

Der Ablauf der Krise und wie die Betriebe damit umgingen war im groben Rahmen immer derselbe: Erst kam der Auftragseinbruch, sofort forderten die Geschäftsleitungen gigantische Massentlassungen. Daraufhin setzte die Phase der

Spaltung der Belegschaften

Mit dem Argument „lieber 2 Jahre später erst in Hartz IV“ wurden die Beschäftigungssicherungsverträge begründet. Dies leuchtete natürlich ein, schließlich wurden sofortige Kündigungen dadurch verhindert. Die Praxis der massenweisen 100%-Kurzarbeit führte jedoch zur Spaltung der Belegschaften in arbeitende und quasi-arbeitslose. Die Kurzarbeitenden waren weg aus den Betrieben und störten nicht mehr, die übrigen waren verständlicherweise froh, dass es sie nicht traf.

Nur so war der „Erfolg“ des „Haltens der Stammbeschaften“ und die verhältnismäßig moderate Steigerung der Arbeitslosigkeit möglich.



Verhandlungen ein, die Kurzarbeit wurde massiv ausgedehnt, es gab etliche Opfer und Einkommensverluste der Beschäftigten, aber in den Beschäftigungssicherungsabkommen standen am Ende der Kurzarbeit trotz Aufschwung dennoch Entlassungen – denn die Betriebe sollen nun „umstrukturiert“ und für die Zukunft fit gemacht werden.

Die IG Metall und die meisten Betriebsräte kämpften während der gesamten Kurzarbeitsphase tapfer am Verhandlungstisch um jeden einzelnen Arbeitsplatz. Sie sahen es jedesmal als Erfolg, wenn die Zahl der Entlassungen reduziert wurde.

Nun nützt dies jedoch den Entlassenen wenig. Die Arbeitsplätze sind erst mal weg und die Zukunft zeigt in Richtung Leiharbeit und prekäre Beschäftigung. Gleichzeitig steigt die Belastung und der Arbeitsdruck für die übriggebliebenen Restbelegschaften enorm.

Angesichts dessen müssen sich die Beschäftigten, die Betriebsräte und die IG Metall fragen, ob dies die generelle Linie für die Zukunft sein kann, zu akzeptieren, dass eine Krise jedesmal mit Massentlassungen und dem Verlust von regulären Arbeitsplätzen enden muss, oder ob dem nicht viel entscheidener entgegengetreten werden sollte.

**Gegen Entlassungen,
Arbeitsplatzabbau, Leiharbeit!**
Kommt alle zur Kundgebung!
am 2. März um 10 Uhr
vor dem Arbeitsgericht Stuttgart!